

Sächsische Staatskanzlei  
Ministerpräsident  
Michael Kretschmer  
01095 Dresden

LEBENSCHILFE  
PIRNA-SEBNITZ-FREITAL E.V.

Longuyoner Straße 4  
01796 Pirna

Tel. 03501-78 85 0

Fax 03501-78 85 33

E-Mail [info@lebenshilfe-psf.de](mailto:info@lebenshilfe-psf.de)  
[www.lebenshilfe-psf.de](http://www.lebenshilfe-psf.de)

**Geschäftskonto**

Institut: Ostsächsische Sparkasse Dresden  
IBAN: DE47 8505 0300 3000 0127 36  
BIC: OSDDDE81XXX

**Spendenkonto**

Institut: Ostsächsische Sparkasse Dresden  
IBAN: DE49 8505 0300 3000 0363 68  
BIC: OSDDDE81XXX

Steuernummer 210/142/02207

Vereinsregister VR 20224

USt-IdNr. DE165165908

**Vorstandsvorsitzender**

Ralf Thiele

**Geschäftsführer**

Burkart Preuß

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Durchwahl

Datum

VSV/thi-GF/pr

03501/7885-50

15. April 2020

*Aus der Sicht eines Trägers der Eingliederungshilfe*  
**Zusammenhalt. Gleichbehandlung. Nachhaltigkeit.**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

unserem Anliegen vorangestellt sprechen wir Ihnen persönlich ebenso wie der Sächsischen Staatsregierung und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseren herzlichsten Dank aus. In dieser durch die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 und die darauf zurückzuführenden Erkrankungen besonderen Zeit wurden mit sehr hohem Tempo eine Vielzahl von Maßnahmen erarbeitet und auf den Weg gebracht. Alle verbunden mit dem Ziel, die Ausbreitung von Infektionen zu verzögern und einzudämmen, um im Ergebnis Leben zu schützen und zu retten.

Ihren zum Osterfest an alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaates gerichteten Dank geben wir mit aller Verbundenheit an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lebenshilfe Pirna-Sebnitz-Freital e.V. weiter. Verständnis und Umsicht, Solidarität und vor allem Geduld haben insbesondere die in der Pflege und in der Eingliederungshilfe tätigen Menschen nicht nur in ihrem privaten und beruflichen Kontext gezeigt. Mehr noch: Sie haben diese Einstellungen auch für Mitmenschen übernommen, die diese Eigenschaften in sich tragen, aber diese nur mit entsprechender Unterstützung aufbringen können.

Als ein Träger der Eingliederungshilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat möchten wir an dieser Stelle dringend auf bestehende Lücken und konkrete, praktische Auswirkungen von aktuell beschlossenen bzw. in Diskussion befindlichen Maßnahmen und Gesetzen hinweisen:

1. Eine Gleichstellung von Einrichtungen mit vergleichbarer Aufgabe, insbesondere auf dem Gebiet der Kindertagesstätten, ist aus unserer Sicht erforderlich. Derzeit ist die finanzielle Absicherung der Heilpädagogischen Kindertagesstätten nicht ebenso ausdrücklich formuliert wie die der Regel-Kindertagesstätten.

Zertifiziert nach:



2. Wesentlich beschäftigt uns die Frage, wie eine einmalige Sonderprämie für nur einen Bereich aus vielen systemrelevanten Berufsfeldern gesamtgesellschaftlich wirkt. Die Corona-Sonderprämie gilt es aus unserer Sicht sorgfältig zu überdenken und, sofern daran festgehalten wird, gut zu koordinieren und auf die Adressaten wie z.B. in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe zu erweitern. Wichtig bleibt dabei, die Finanzierung durch die jeweiligen Kostenträger sicherzustellen.
3. Die Verfahren zur Sicherung sozialer Dienste, Einrichtungen und Träger bedürfen einer Vereinfachung. Die in den jeweiligen Haushalten eingestellten finanziellen Mittel sollten unter zur Verfügungstellung der in den Haushalten bereitgestellten finanziellen Mittel durch die jeweiligen Kostenträger (KSV, Pflegekassen, Landkreise, kreisfreie Städte, Städte) direkt ausgezahlt werden. Dies insbesondere dann, wenn es sich um Pflichtleistungen handelt.

Besonders wichtig ist es uns, unseren Beschäftigten gegenüber, ebenso wie anderen im Bereich der sozialen Arbeit tätigen Bürgerinnen und Bürgern, langfristig und nachhaltig Wertschätzung zu dokumentieren. Ebenso wichtig ist es, dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken und auch nach der Bewältigung der aktuellen Krisensituation weitreichende Entscheidungen vorzubereiten und umzusetzen.

In unserem Schreiben vom 20. September 2019 haben wir in Punkt 2) unseres Forderungskatalogs wesentliche Punkte aufgezeigt und möchten nochmals dringend auf die notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen im Bereich der sozialen Arbeit verweisen:

- Alle in sozialen Berufen tätigen Menschen verdienen die gleiche Wertschätzung. Deshalb fordern wir gleiche Vergütung für vergleichbare Tätigkeiten. Der Freistaat setzt sich für eine kurzfristige Angleichung aller Vergütungen im sozialen Bereich auf die Höhe der jeweils einschlägigen Tarifverträge des öffentlichen Dienstes ein und stellt die Mittel hierfür bereit.
- Soziale Arbeit muss in Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, als Alleinerziehende/r, und bis zum regulären Renteneintritt nach 40 Jahren Pflichtbeiträge für alle Beschäftigten machbar sein. Wir fordern deshalb einen flächendeckenden Tarifvertrag mit einer Verringerung der Vollzeit von 40 auf 35 Stunden bei gleichem Lohn, insbesondere für Beschäftigte mit Schichtarbeit.
- Darüber hinaus benötigen wir „Zeit für Menschlichkeit“ in sozialen Berufen. Kostensatzverhandlungen müssen diesen Aspekt über die Faktoren der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit hinaus berücksichtigen können. Direkte Möglichkeiten dafür bestehen unter anderem in der Verbesserung der Personalrelation zwischen Leitung und

Betreuung sowie in der Anerkennung von angemessenen Verwaltungskosten auch für soziale Träger.

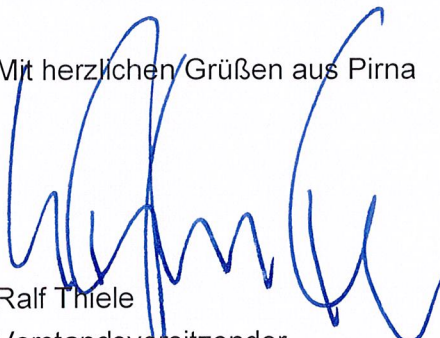
- Auch gemeinnützige soziale Unternehmungen benötigen die Möglichkeit eine angemessene Risikovorsorge aufzubauen, beispielsweise durch die Berücksichtigung eines unternehmerischen Risikos in den Kostensätzen.

Zum Abschluss unseres Schreibens haben wir noch eine besondere Bitte mit langfristiger Perspektive. Unserem gesellschaftlichen Verständnis folgend, tragen nicht nur die in sogenannten „systemrelevanten Berufen“ tätigen, sondern darüber hinaus eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates derzeit, aber auch zukünftig, eine große Verantwortung für das grundlegende Funktionieren unserer Gemeinschaft. Wir möchten an dieser Stelle unbedingt darum werben, die in Zeiten der Krise gewonnenen Erfahrungen zu nutzen, um auch in den Gebieten der Eigenverantwortung und Prävention in allen Ebenen unserer Gesellschaft – vom einzelnen Bürger über Einrichtungen bis hin zu staatlichen Organisationen – noch zukunftssicherer aufgestellt zu sein.

Wir sind gern bereit, mögliche Lösungsansätze sowie konkrete Lösungsvorschläge direkt mit relevanten Ansprechpartnern zu diskutieren und stehen als Erfahrungsträger zum Austausch jederzeit zur Verfügung.

Für die bevorstehenden Tage und Wochen wünschen wir Ihnen Kraft, Ausdauer und Erfolg!

Mit herzlichen Grüßen aus Pirna

  
Ralf Thiele  
Vorstandsvorsitzender

  
Burkart Preuß  
Geschäftsführer